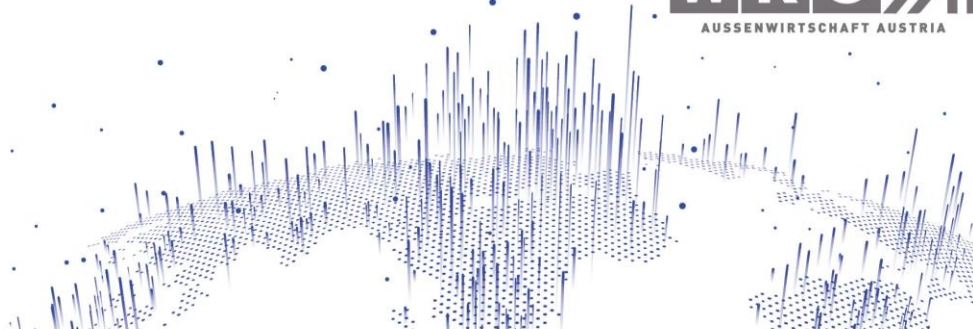


GLOBAL SITUATION REPORT



in Kooperation mit
**Abteilung Wirtschafts-
und Handelspolitik**



GLOBAL SITUATION REPORT 31.05.2022

INFLATION

[Aktueller interaktiver Report](#)

Inflation

Brasilien: Inflation führt zu Rekord-Realzinsen und hilft Ex-Präsident Lula beim Comeback

Frankreich: Regierung will Inflation durch aktive Maßnahmen stabilisieren

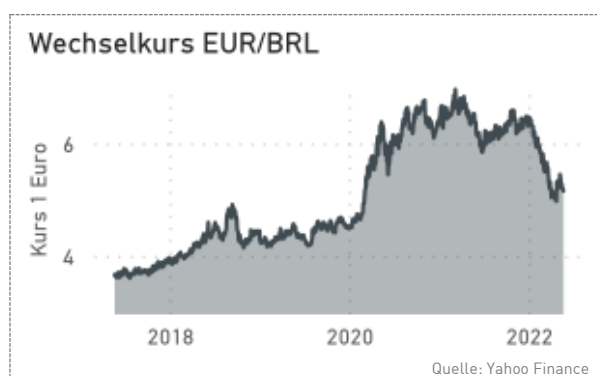
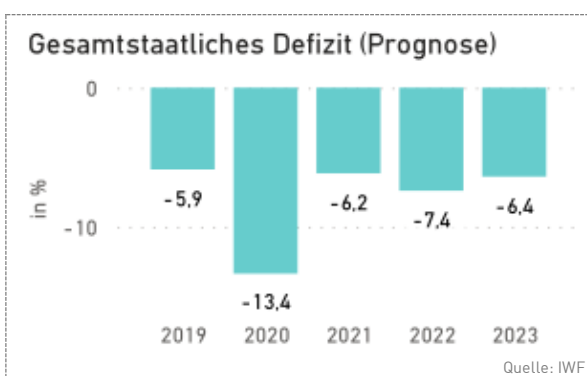
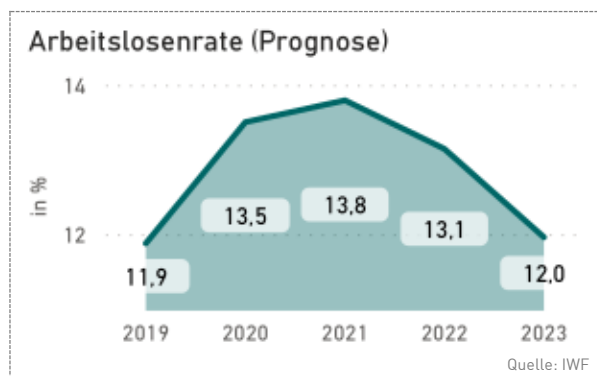
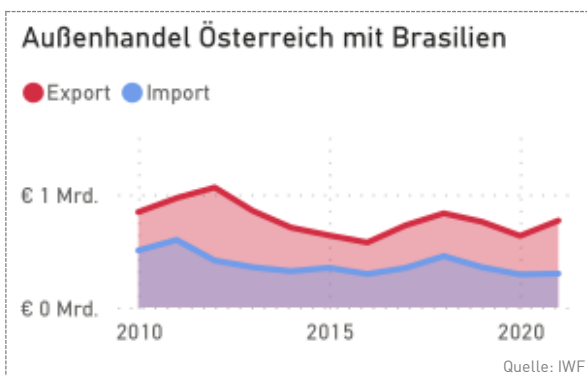
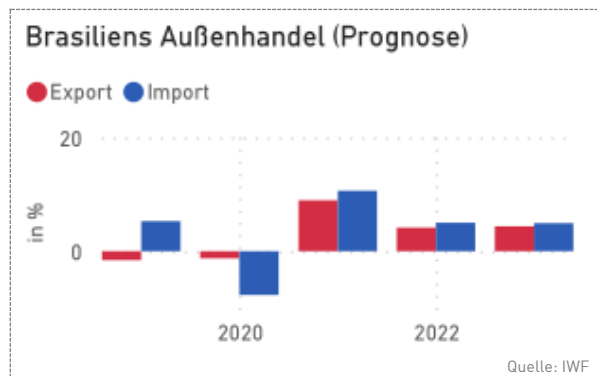
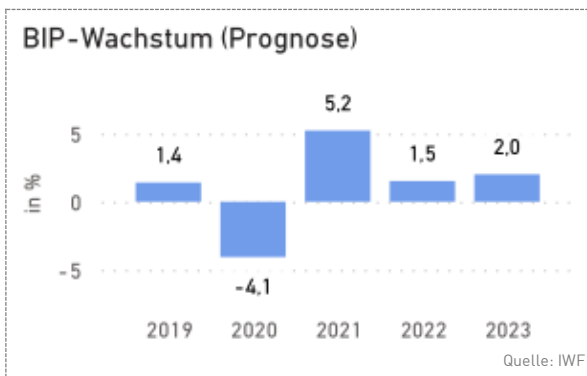
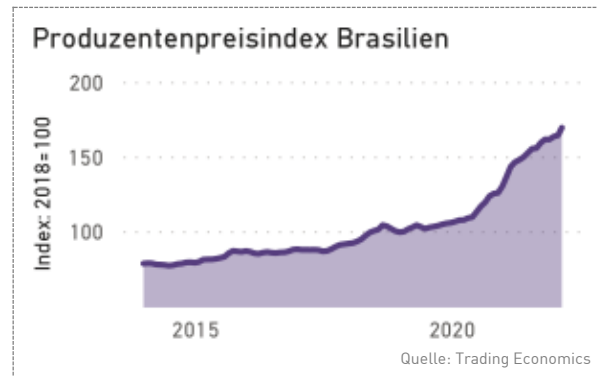
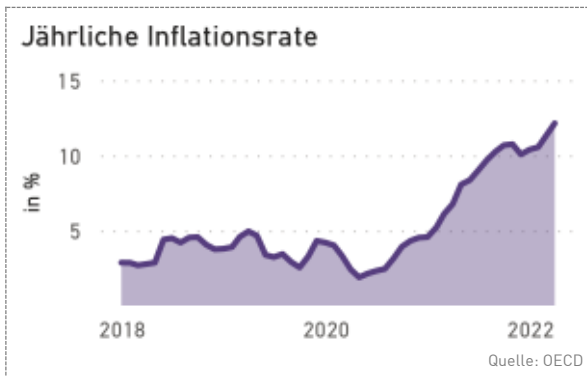
Indonesien: Inflation trotz erhöhter Rohstoffpreise unter Kontrolle

Südafrika: Zentralbank hebt zur Bekämpfung der Inflation Leitzinssatz stark an

Vereinigtes Königreich: 3-fach Keule – Brexit verstärkt Kriegs- und Pandemiefolgen

Nutzen Sie die [Informations- und Serviceangebote der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA](#), um die Corona-Krise weltweit zu navigieren und neue Geschäftschancen und Potenziale zu erschließen. Weitere Analysen finden Sie bei der [Abteilung für WIRTSCHAFTS- und HANDELSPOLITIK](#). Tagesaktuelle Länderinformationen am [WKÖ Exportradar](#).

SITUATION REPORT: BRASILIEN



EINSCHÄTZUNG DES WKÖ-WIRTSCHAFTSDELEGIERTEN

Aktuelle Preisentwicklungen

Brasiliens Inflationsspirale begann sich bereits vor zwei Jahren zu drehen. Im Zuge der COVID-19 Pandemie wertete die Landeswährung Real ab März 2020 massiv ab. Der wichtigste Produzentenpreisindex Brasiliens, der IGP-M, stieg aufgrund der hohen Bedeutung von importierten Gütern – vor allem Treibstoffe – im Jahr 2020 um 23,14 % und 2021 um 17,79 %. Die Preissteigerungen wurden im zweiten Halbjahr 2021 – nach dem Abklingen der Pandemie – bei Konsumgütern spürbar. Der Konsumentenpreisindex Brasiliens (IPCA) betrug im Gesamtjahr 2021 bereits 10,06 %. Die aus dem Ukraine-Krieg resultierende weltweite Teuerung ist auch in Brasilien stark spürbar. Der IPCA lag im April 2022 bei 1,06 %, das ist der höchste April-Wert seit 1996. Die aktuelle Inflationsprognose für 2022 beträgt 8 %, für 2023 geht man von 4,1 % aus.

Fazit: Die seit zwei Jahren hohe Inflation Brasiliens wird durch den Ukraine-Krieg weiter verstärkt.

Besonders betroffene Branchen

Die exportorientierte Rohstoffindustrie Brasiliens profitiert von den globalen Preissteigerungen. Die seit Monaten steigenden Weltmarktpreise für Commodities führen dazu, dass die brasilianischen Unternehmen Vale (Bergbau), Petrobras (Erdöl und Erdgas) derzeit die rentabelsten Unternehmen Lateinamerikas sind. Brasiliens Landwirtschaft hängt jedoch stark von Düngemittelimporten ab, 26 % stammen aus Russland und Belarus. Eine längere Unterbrechung dieser Lieferketten würde bis spätestens Oktober 2022 zu Engpässen führen.

Fazit: Commodities-Exporteure profitieren, Düngemittel-Lieferketten beunruhigen Landwirtschaft.

Entwicklungsszenarien

Um den Inflationsdruck zu bremsen, erhöhte die Zentralbank Brasiliens seit März 2021 (beim Stand von 2 %) rasant die Leitzinsen. Diese liegen mittlerweile bei 12,75 %, Brasilien ist damit Realzinsen-Weltmeister und zieht dadurch internationales Finanzkapital an. Während die daraus folgende Aufwertung der Landeswährung Real der Teuerung entgegenwirkt, werden langfristige Kredite für viele durch die massiven Zinserhöhungen unbezahlbar.

Fazit: Hohe Realzinsen: kurzfristiges Rezept gegen Inflation, langfristiges Problem für Konsum.

Situation für österreichische Unternehmen

Die erstarkte Landeswährung und die hohen Zinsen machen alternative Finanzierungslösungen für brasilianische Industriekunden attraktiv. Langfristige EUR-Kredite der OeKB werden ein wichtiges Verkaufsinstrument für österreichische Exporteure.

Fazit: EUR-Finanzierungen stimulieren Exporte.

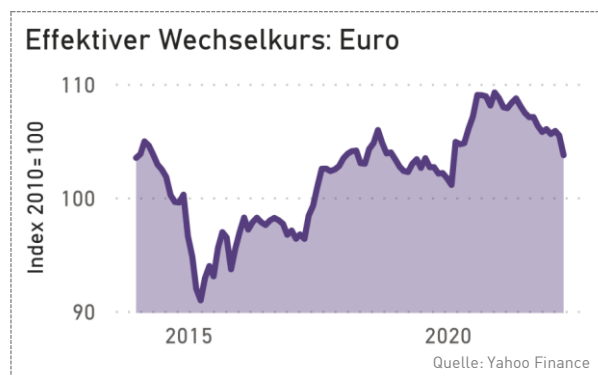
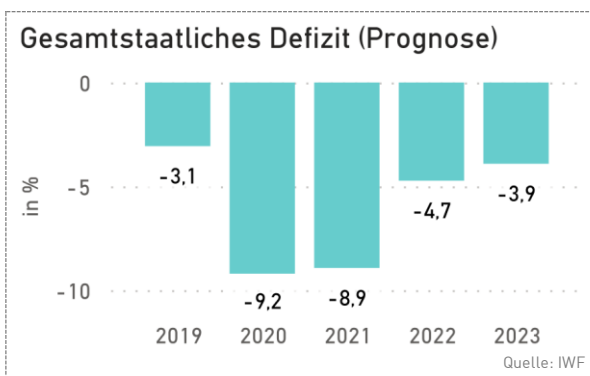
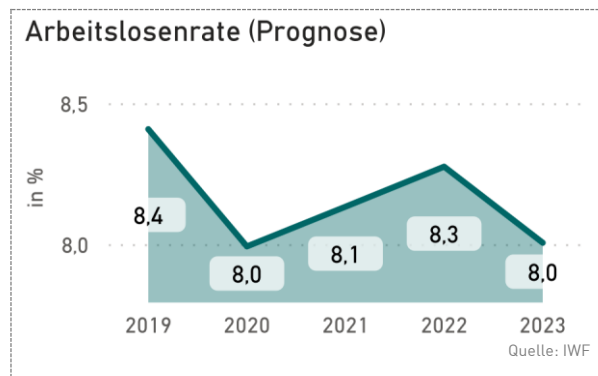
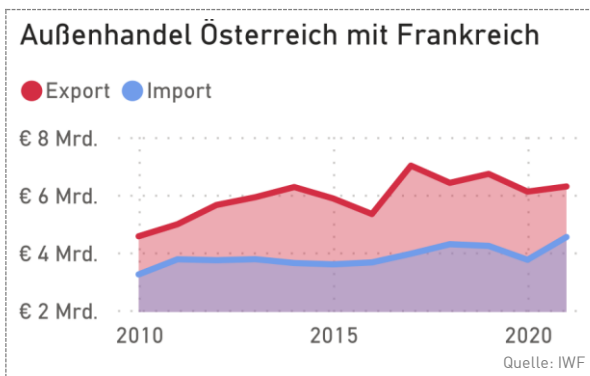
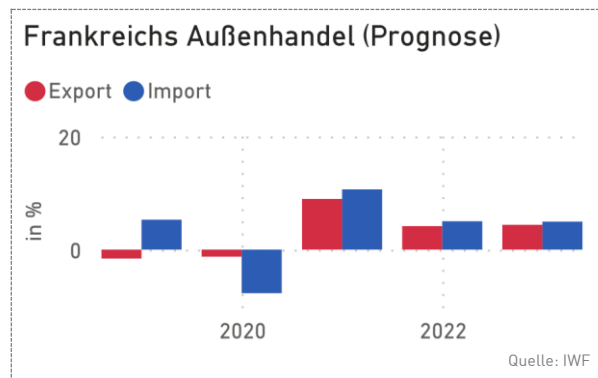
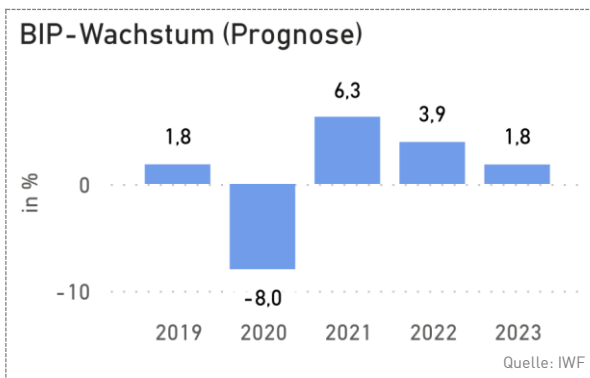
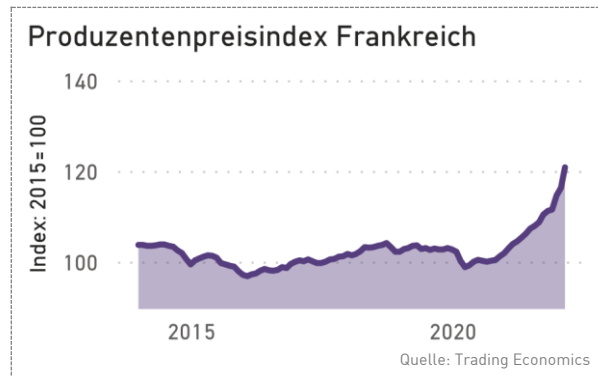
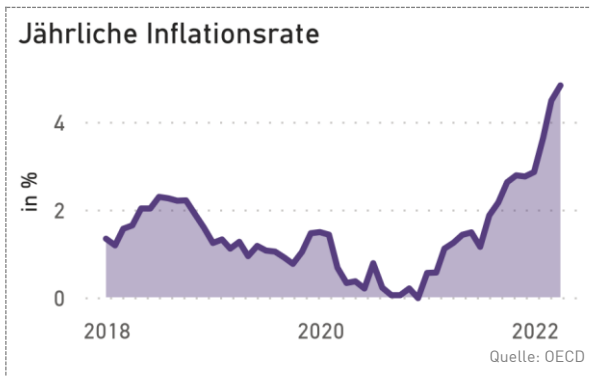
Wirtschaftliche und politische Situation

Im Jahr 2021 erreichte die brasilianische Wirtschaft mit einem Wachstum von 4,8 % zumindest wieder das Vor-Pandemie-Niveau. Die Wachstumsaussichten für die kommenden Jahre sind mit nur 0,8 % für 2022 und 1,3 % für 2023 aber äußerst bescheiden. Präsident Bolsonaro, der sich im Oktober 2022 seiner Wiederwahl stellen wird, liegt nicht zuletzt aufgrund der hohen Inflation in Umfragen hinter Ex-Präsident Lula. Die wirtschaftlichen Prioritäten einer möglichen Regierung Lula sind derzeit noch nicht absehbar.

Fazit: Schwaches Wachstum und hohe Inflation könnten Lula zum Comeback verhelfen.

Mehr erfahren am [WKÖ-Exportradar](#) und im [AUSSENWIRTSCHAFT Wirtschaftsbericht Brasilien](#)

SITUATION REPORT: FRANKREICH



EINSCHÄTZUNG DES WKÖ-WIRTSCHAFTSDELEGIERTEN

Aktuelle Preisentwicklungen

In Frankreich liegt die Inflation mit 4,8 % im April deutlich unter dem EU-Schnitt. Es ist mit einer verstärkten Weitergabe der steigenden Produktionskosten (Erzeugerpreisindex: +26,5 % im März 2022) zu rechnen. Für das 3. Quartal wird eine Inflationsspitze von knapp 6 % erwartet. Durch das Einführen von Tarifdeckelungen für Gas und Strom im Oktober 2021 konnte die Preissteigerung für Energie auf 21,2 % beschränkt werden (im Vgl. zu 66,5 % bei Gas und 34,4 % bei Elektrizität nach Berechnungen ohne Tarifdeckelung; Preise 02/2022).

Fazit: Durch vorausschauende Maßnahmen konnte Frankreich bisher die Inflation abschwächen.

Besonders betroffene Branchen

Ein besonders starker Anstieg wurde im Lebensmittelbereich bei einzelnen Warengruppen wie Teigwaren (+15 %), tiefgefrorenes Fleisch (+11,3 %), Mehl (+10,9 %) und Öle (+9,9 %) verzeichnet. Im April lag der durchschnittliche Preisanstieg bei 3,8 %. Bis Ende des Jahres wird eine Preissteigerung bis zu 10 % erwartet. Preissteigerungen und verlängerte Lieferzeiten plagten die Baubranche seit 2 Jahren, statt Erholung ist eine Verschärfung in Sicht. Die Bauindizes steigen unterschiedlich stark (Stahlbau: +36,1%; Hochbau: +4,8%; Renovierung/Wartung: +3,3%). Der französische Bauverband fordert eine Rückkehr zu variablen Preisen, um dem Konkurs zahlreicher Unternehmen vorzubeugen.

Fazit: Die Preissteigerungen betreffen auch Branchen, die während COVID als krisensicher galten.

Entwicklungsszenarien

Punktuelle Maßnahmen zur Stützung der Kaufkraft (z.B. außerordentliche Erhöhung des Mindestlohnes SMIC im Mai) wurden bereits gesetzt. Ziel der Regierung ist ein Gesetzesentwurf zum Schutz der Kaufkraft vor den Parlamentswahlen am 12. und 19. Juni 2022. Unternehmen mit hoher Gewinnspanne sollen hier ebenfalls Verantwortung übernehmen und Gehälter erhöhen. Zur Diskussion stehen weiters eine steuerfreie Macron-Prämie bis zu 6.000 EUR, Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer:innen und Abgabenbefreiungen (z.B. für Überstunden). Von Unternehmerseite werden längere Rückzahlungsfristen für staatlich garantierte Kredite gefordert.

Fazit: Fokus liegt auf der Sicherung der Kaufkraft.

Situation für österreichische Unternehmen

Nach dem 100 Mrd. EUR schweren Konjunkturbelebungs paket France Relance startete im Jahr 2022 mit dem 54 Mrd. EUR schweren Investitionsplan France 2030 das nächste Maßnahmenpaket. Den wirtschaftlichen Folgen der Ukraine-Krise wird mit einem 25 Mrd. EUR schweren Resilienzplan entgegengewirkt. In der Baubranche wurde auf die starken Preisschwankungen reagiert: Die Veröffentlichungsfrist für die Bauindizes wurde mit Mai auf 45 Tage (statt davor 80 Tage) verkürzt. Bereits vergebene öffentliche Aufträge sollen in Hinblick auf die aktuellen Preissteigerungen neu verhandelt werden.

Fazit: Die umfassenden Unterstützungspakete bieten eine Vielzahl an Geschäftschancen.

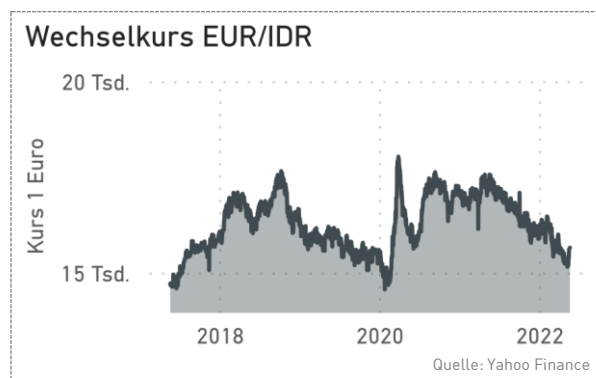
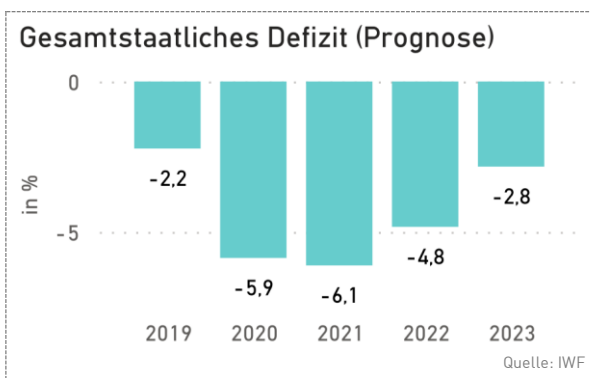
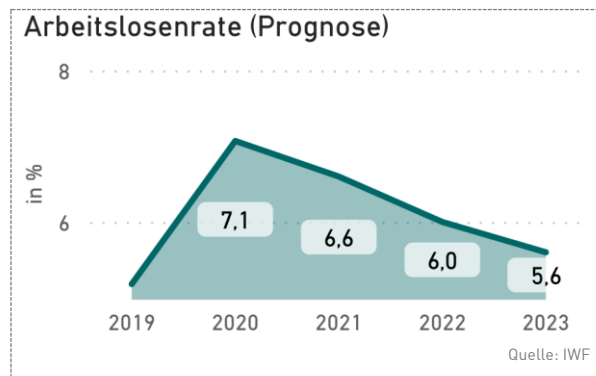
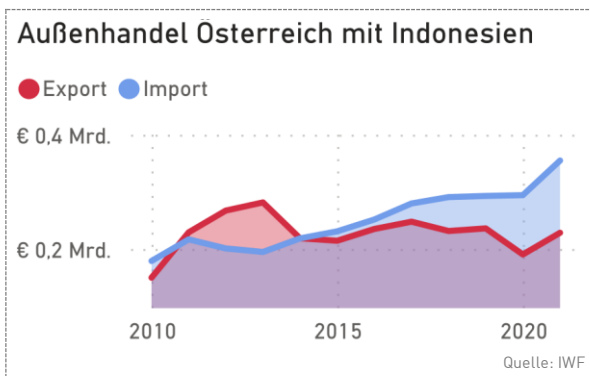
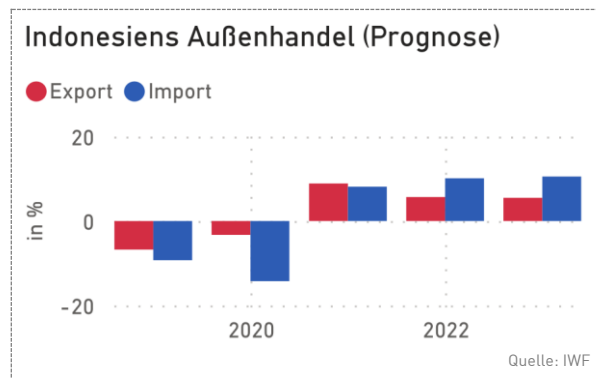
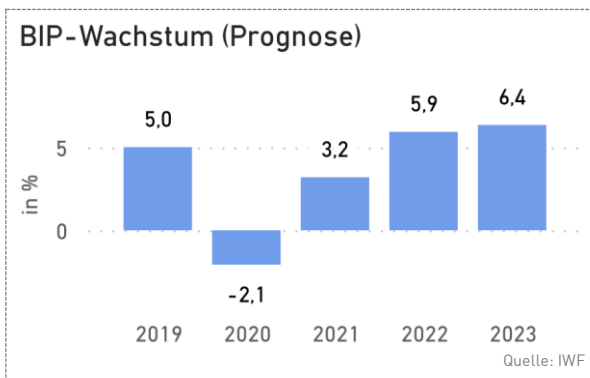
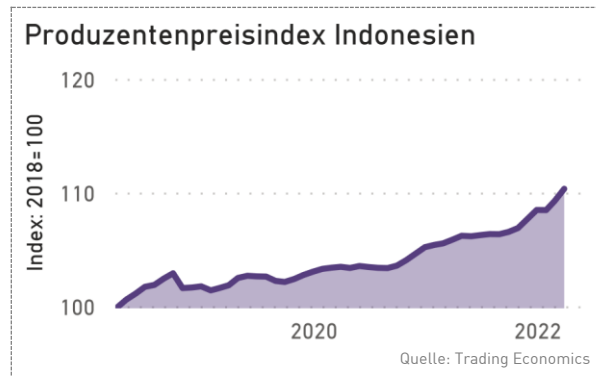
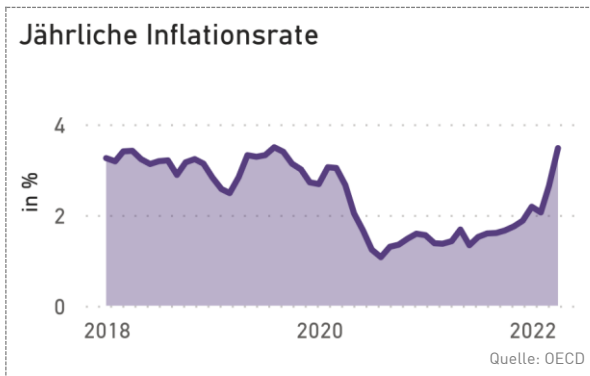
Wirtschaftliche und politische Situation

Frankreichs Wirtschaft hat sich von den Einschnitten der COVID-19-Lockdowns schnell wieder erholt. Die Beschäftigungsquote ist besser als vor COVID-19. Die Stabilität der Wirtschaft wird laut Prognosen auch der derzeitigen Inflationsspitze standhalten. Die Wiederwahl von Präsident Macron im April 2022 verspricht ein Voranschreiten der Reformen, die das Investitionsklima weiter verbessern.

Fazit: Die weltweit 7. größte Volkswirtschaft zeigt sich robust, die Politik wirtschaftsfreundlich.

Mehr erfahren am [WKÖ-Exportradar](#) und im [AUSSENWIRTSCHAFT Wirtschaftsbericht Frankreich](#)

SITUATION REPORT: INDONESIA



EINSCHÄTZUNG DES WKÖ-WIRTSCHAFTSDELEGIERTEN

Aktuelle Preisentwicklungen

Die erhöhte Inflation im April mit 3,47 % ist auf eine größere Inlandsnachfrage nach Speiseöl und tierischen Produkten sowie gesteigerter Mobilität aufgrund der islamischen Eid-Feiertage zurückzuführen. Preissteigerungen bei Lebensmitteln ergeben sich auch durch hohe Preise für Tierfutter und Treibstoffe, sowie Flüssiggas, welches hauptsächlich zum Kochen verwendet wird. Die Inflation in Indonesien wird heuer voraussichtlich 3,6 % betragen.

Fazit: Anstieg der Lebensmittel- und Treibstoffkosten treibt Inflation in Indonesien.

Besonders betroffene Branchen

Als Nettoimporteur von Erdöl hat der hohe Ölpreis in Indonesien Auswirkungen auf einzelne Industriesektoren. Die Schifffahrt spürt aufgrund des Preisanstiegs von MFO (Marine Fuel Oil) erhebliche Auswirkungen. Der inländische Transport ist bisher kaum betroffen, da subventionierter Treibstoff verwendet wird. Da die Elektrizitätsproduktion von Kohle dominiert wird und eine Strompreisanhebung in Diskussion steht, ist mit Auswirkungen auf den industriellen Bedarf zu rechnen.

Fazit: Hohe Energiepreise könnten die Betriebskosten für verschiedene Branchen erhöhen.

Entwicklungsszenarien

Die Inflation ist gemäß Bank Indonesia (BI) unter Kontrolle, da sie im Jahr 2022 im Rahmen von 3 % ± 1 % bleiben wird. Die Staatsverschuldung beläuft sich im internationalen Vergleich auf moderate 40,17 % des BIP und das Budgetdefizit wird voraussichtlich 4,8 % betragen. Eine mögliche Erhöhung der Zinssätze hätte daher begrenzte Auswirkung auf den Staatshaushalt.

Fazit: Die Inflation ist unter Kontrolle und die indonesische Staatsverschuldung gilt als moderat.

Situation für österreichische Unternehmen

Die indonesische Regierung subventioniert stark nachgefragte Treibstoffe und hat Preise für bestimmte Rohstoffe (z.B. Kohle und Rohpalmöl) gedeckelt bzw. Exportverbote verhängt. Diese Maßnahmen sollen das inländische Angebot sicherstellen und die Inflation minimieren. Die indonesische Rupiah (IDR) hat seit Jahresbeginn zum Euro an Wert gewonnen. Um das Währungsrisiko einzudämmen, ist die Fakturierung in Euro sinnvoll.

Fazit: Die indonesische Rupiah wertet gegenüber dem Euro auf.

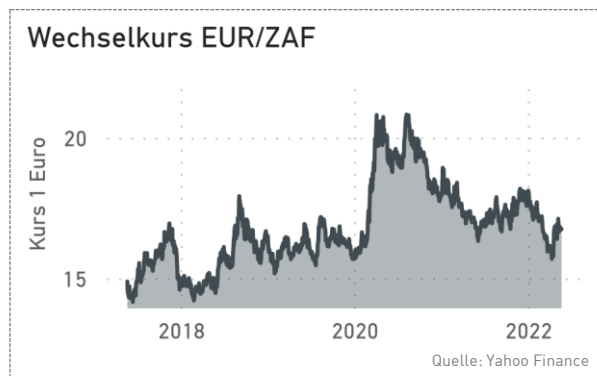
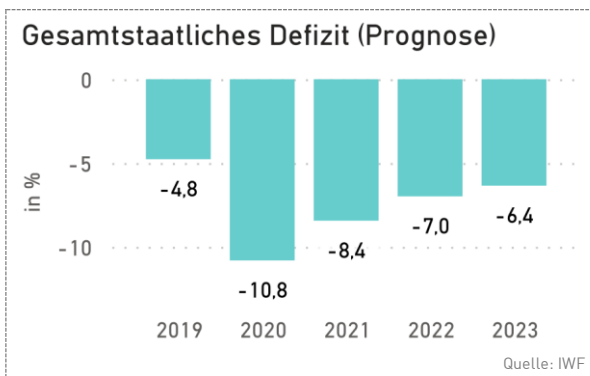
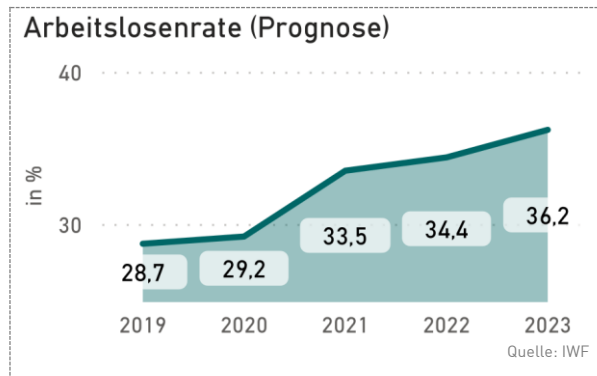
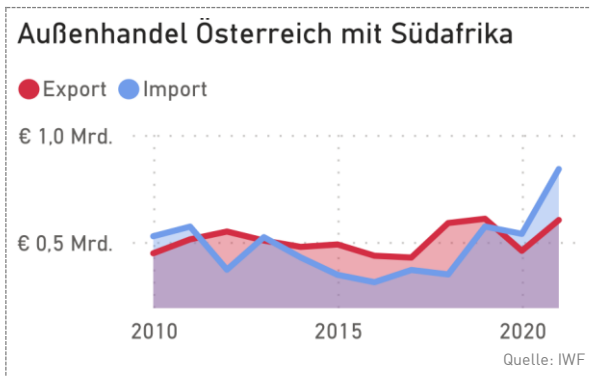
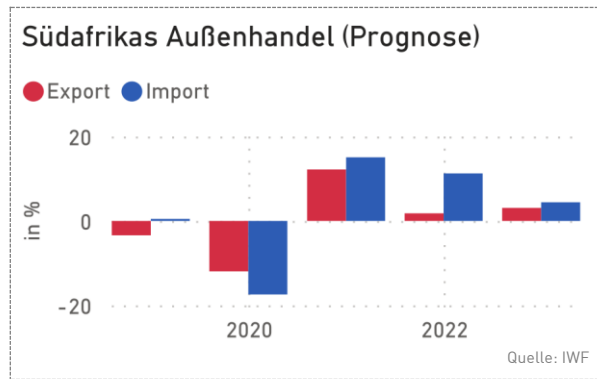
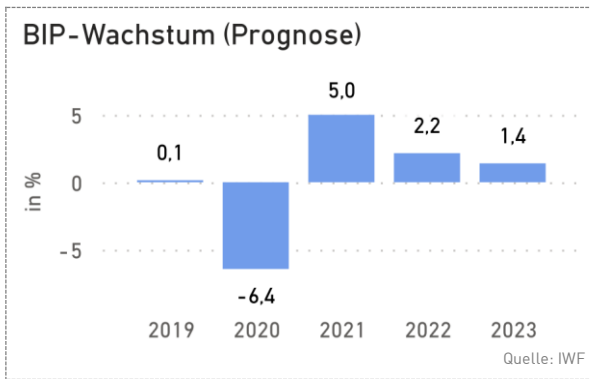
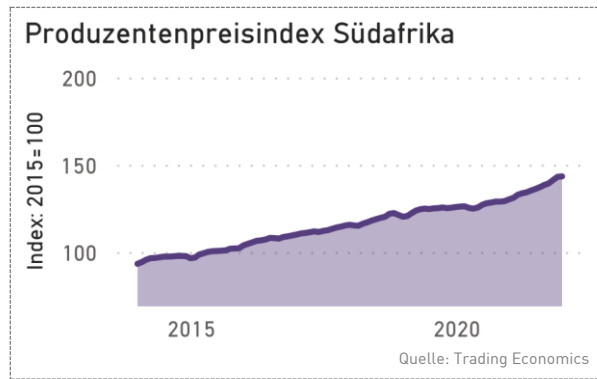
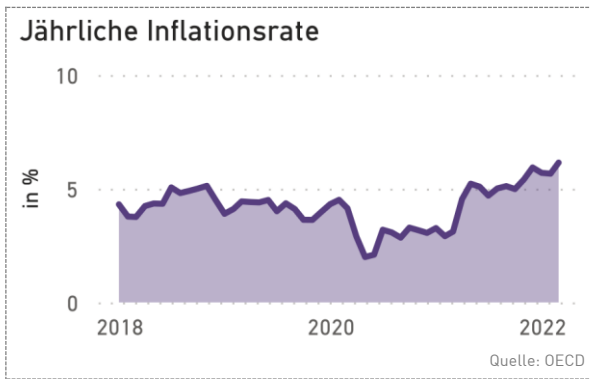
Wirtschaftliche und politische Situation

Durch die Lockerung der COVID-19-Beschränkungen wächst das BIP laut EIU voraussichtlich um 5,2 % an. Wachstumstreiber ist vor allem der private Konsum. Das Budgetdefizit soll von 4,8 % des BIP auf 3 % des BIP bis zum Jahr 2024 gesenkt werden. Eine der größten Herausforderungen für Präsident Widodo in seiner letzten Amtszeit bis 2024 besteht darin, 28 Mrd. EUR für die Finanzierung des Baus der neuen Hauptstadt Nusantara zu generieren. Die Regierung sucht aktiv nach Investoren, da vom Staatshaushalt lediglich 20 % des Budgets abgedeckt werden sollen.

Fazit: Die politische Lage ist stabil und ein Wirtschaftswachstum von 5,2 % wird erwartet.

Mehr erfahren am [WKÖ-Exportradar](#) und im [AUSSENWIRTSCHAFT Wirtschaftsbericht Indonesien](#)

SITUATION REPORT: SÜDAFRIKA



EINSCHÄTZUNG DES WKÖ-WIRTSCHAFTSDELEGIERTEN

Aktuelle Preisentwicklungen

Südafrikas Preise stiegen in den vergangenen 12 Monaten um 5,9 %, während der monatliche Anstieg 0,6 % betrug (jeweils Stand April 2022). Insbesondere der globale Preisanstieg bei Lebensmitteln und Treibstoff schlägt sich auch in Südafrika stark nieder (7,6 % bzw. 5,7 %). Die Kerninflation, welche die Preise für Lebensmittel, Treibstoff sowie Energie ausklammert, betrug hingegen lediglich 3,8 % und unterstreicht den starken Anteil, den diese drei Güterklassen an der derzeitigen Inflation haben. Die Produzentenpreise stiegen um 11,9 % - ein Rekord seit 2008 und Indiz für weiter steigende Inflation.

Fazit: Inflation von 5,9 % wird getrieben von Treibstoff, Lebensmittel und Energie, Tendenz steigend.

Besonders betroffene Branchen

Der Treibstoffpreis, welcher seit dem Vorjahr um 29 % anstieg, macht der Autofahrernation Südafrika in der breiten Bevölkerung zu schaffen. Nicht nur der Transportsektor, sondern auch nahezu alle anderen Bereiche der Wirtschaft sind mit gestiegenen Kosten konfrontiert. So muss der bereits finanziell angeschlagene staatliche Energieversorger Eskom immer häufiger auftretende Ausfälle von Kohlekraftwerken mit Dieselgeneratoren überbrücken. Prognosen für diesen Winter gehen von bis zu 104 Tagen mit geplanten Stromabschaltungen („Load Shedding“) aus.

Fazit: Sämtliche Branchen sind von Preissteigerungen betroffen – v.a. Transport und Energie.

Entwicklungsszenarien

Die südafrikanische Zentralbank SARB versucht die Inflation innerhalb der Spanne von 3 bis 6 % zu halten, an deren oberen Ende man nun angekommen ist. Mitte Mai kam es daher zur höchsten Anhebung des Leitzinssatzes der letzten sechs Jahre. Er wurde um 50 Basispunkte auf 4,75 % angehoben. Weitere Anhebungen werden von Experten erwartet. Damit reagiert man auch auf Leitzinserhöhungen in den USA und die in Aussicht gestellten in der EU, welche den schwächelnden südafrikanische Rand weniger attraktiv für Investoren machen. Für die südafrikanische Wirtschaftsleistung, welche unter anderem durch Elektrizitätsengpässe und zuletzt durch Umweltkatastrophen (starke Überschwemmungen im Süden) stark getroffen ist, kommt ein solcher Zinsanstieg sehr ungelegen. Experten haben daher ihre Prognose zum Wirtschaftswachstum auf 1,7 % nach unten revidiert.

Fazit: Zentralbank hebt Leitzinssatz an – verlangsamtes Wirtschaftswachstum erwartet.

Situation für österreichische Unternehmen

Für Exporteure ändert sich die Lage durch die aktuelle Inflation nicht wesentlich. Der Umstieg von Kohle auf grüne Energie ist nun aktueller denn je. Österreichische Anbieter von GreenTech-Lösungen können aufgrund der Kosten für fossile Energie von einer noch höheren Nachfrage ausgehen.

Fazit: Steigende Energiekosten steigern Potenzial für österreichische GreenTech-Lösungen.

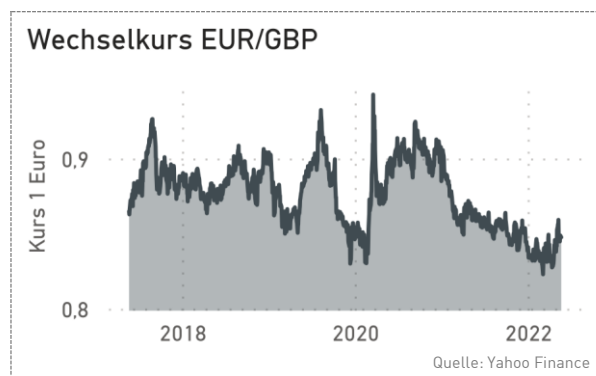
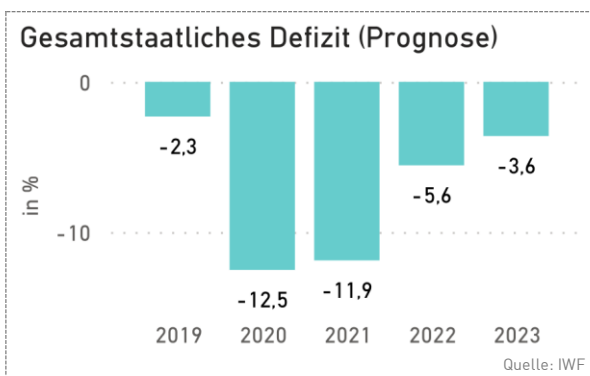
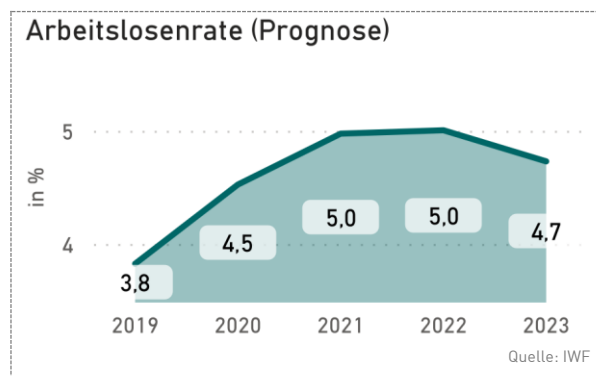
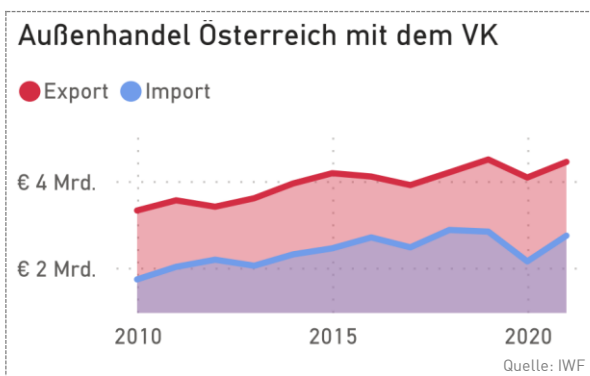
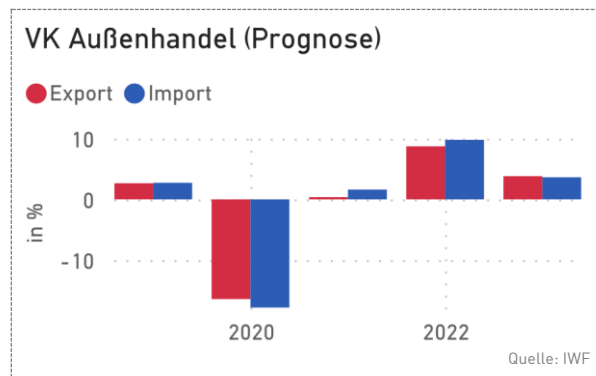
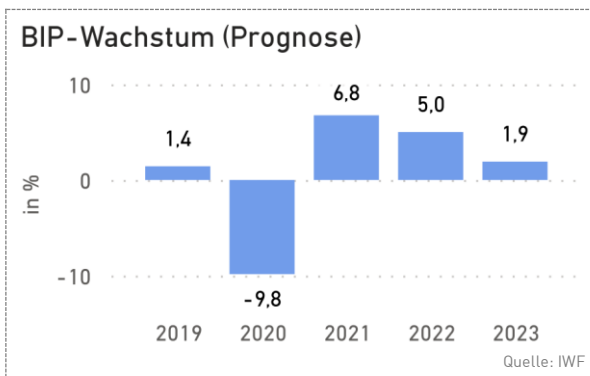
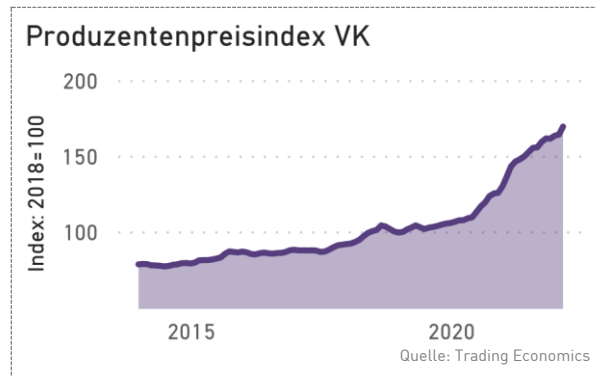
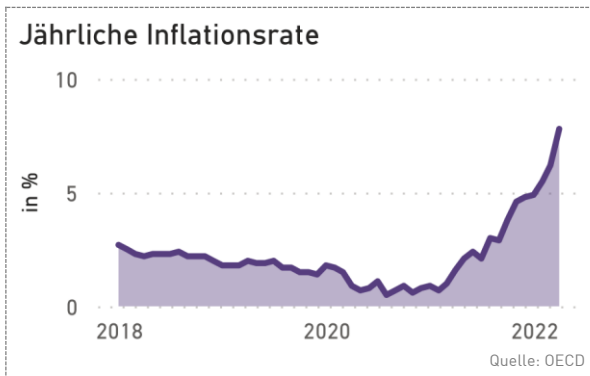
Wirtschaftliche und politische Situation

Die globalen Preissteigerungen im Rohstoffbereich, insbesondere bei Metallen, kommen dem rohstoffreichen Südafrika und dessen Staatshaushalt sehr gelegen. Die steigenden Zinsen als logische Reaktion auf die hohe Inflation trüben den wirtschaftlichen Ausblick jedoch. Eine der größten Herausforderungen für die Regierung ist es, die Rekordarbeitslosigkeit (offiziell ca. 35 % / inoffiziell ca. 47 %) zu mindern und damit neuerlichen Ausschreitungen vorzubeugen. Dafür sind jedoch höhere Wachstumsraten nötig.

Fazit: Südafrika profitiert vom Rohstoffboom, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendig.

Mehr erfahren am [WKÖ-Exportradar](#) und im [AUSSENWIRTSCHAFT Wirtschaftsbericht Südafrika](#)

SITUATION REPORT: VEREINIGTES KÖNIGREICH



EINSCHÄTZUNG DES WKÖ-WIRTSCHAFTSDELEGIERTEN

Aktuelle Preisentwicklungen

Lieferengpässe, unerwartete Konsumschübe nach der Wiedereröffnung der Volkswirtschaft verstärkt durch Brexit-Effekte haben schon 2021 die Preise nach oben katapultiert. Insbesondere aufgrund des Anstiegs der Strom- und Gaspreise wird im Jahresvergleich für 2022 mit einer Inflationsrate von durchschnittlich 6,7 % gerechnet. Im Monatsvergleich lag die Inflationsrate im April bereits bei 9 %.

Fazit: 3-fach Keule – Brexit Nachwehen verstärken Kriegs- und Pandemiefolgen.

Besonders betroffene Branchen

Besonders markant sind die Preissteigerungen bei Gas, Öl, Strom und Benzin (April: +20 %). Von dort sickert der Energiepreisschock über Gemein- und Transportkosten in zahlreiche Branchen und wird am schnellsten im Konsumgütersektor, in der Freizeitwirtschaft aber vor allem im Lebensmitteleinzelhandel, in den auch stark steigende Rohstoffpreise hineinspielen, zum Preistreiber. Dort lag die Teuerung im April bei knapp 7 %.

Fazit: Energiepreise schlagen durch – nur Bildung, IT und Gesundheitssektor weniger betroffen.

Entwicklungsszenarien

Die Bank of England hat den Leitzinssatz seit Dezember in 4 Tranchen auf 1 % angehoben. Für Mitte 2023 haben die Finanzmärkte einen Leitzinssatz von 2,5 % eingepreist. Ob die Bank nicht zu zögerlich reagiert und es für ausreichend Bremskraft nicht 3-4 % braucht, wird heftig diskutiert. Eines ist aber sicher: der Inflationsschub verstärkt die bereits sehr ungleich verteilten Einkommenssituation und bringt mehr Haushalte unter die Armutsgrenze. Für Herbst wurde ein mit 15 Mrd. GBP dotiertes Entlastungspaket zur Armutsbekämpfung angekündigt, das zum Teil aus einer Zusatzbesteuerung der Gewinne der Energieunternehmen finanziert wird.

Fazit: Externe Krisenfaktoren erzwingen geld- und fiskalpolitische Hochseilakte.

Situation für österreichische Unternehmen

Eine Analyse der Warenströme zeigt für fast alle Produktgruppen überraschende Krisen-Resilienz. Langzeitlieferanten und Nischenspieler dominieren das Geschäft. Der breite Fußabdruck der dichten Niederlassungslandschaft stabilisiert. Für Neugeschäfte gibt es Impulse von Investitionen der öffentlichen Hand in Verkehrs- und Gesundheitsinfrastruktur, Energiewende und Klimaschutz. Stärkefelder wie Umwelttechnik, erneuerbare Energien, nachhaltige Bau- und Lagertechnik, IKT oder Biotechnologie bleiben attraktiv.

Fazit: Nach Gewöhnung an post-Brexit Regime stabile Lieferbeziehung mit Chancen und Potential.

Wirtschaftliche und politische Situation

Für 2022 wird im Vereinigten Königreich ein BIP-Wachstum von 3,9 % prognostiziert, das um fast 1,5 %-Punkte unter den Wachstumserwartungen von Oktober 2021 liegt. Die Prognosen sind unsicher: die britische Zentralbank befürchtet für 2023 sogar eine schwach rezessive Entwicklung. Angesichts der aktuellen politischen Führung gibt es wenig Hoffnung auf vorausschauende Struktur- und Wirtschaftspolitik und einer Teilreparatur des gestörten Verhältnisses zur EU.

Fazit: Politische „Schwerelosigkeit“ schränkt Entwicklungs- und Handlungsspielraum ein.

Mehr erfahren am [WKÖ-Exportarad](#) und im [AUSSENWIRTSCHAFT Wirtschaftsbericht Vereinigtes Königreich](#)

Kontakt:

Brasilien

AußenwirtschaftsCenter Sao Paulo

Mag. Klaus Hofstadler

WKÖ-Wirtschaftsdelegierter

T +55 11 30 44 99 44

E saopaulo@wko.at

Frankreich

AußenwirtschaftsCenter Paris

Mag. Christian H. Schierer

WKÖ-Wirtschaftsdelegierter

T +33 1 53 23 05 05

E paris@wko.at

Indonesien

AußenwirtschaftsCenter Jakarta

Ing. Mag. Sigmund Nemeti

WKÖ-Wirtschaftsdelegierter

T +62 21 25 50 01 86

E jakarta@wko.at

Südafrika

AußenwirtschaftsCenter Johannesburg

Mag. Martin Meischl

WKÖ-Wirtschaftsdelegierter

T +27 11 442 7100

E johannesburg@wko.at

Vereinigtes Königreich

AußenwirtschaftsCenter London

Dr. Christian Kesberg

WKÖ-Wirtschaftsdelegierter

T +44 20 7584 4411

E london@wko.at

IMPRESSUM

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die Rechte der Verbreitung, der Vervielfältigung, der Übersetzung, des Nachdrucks und die Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere elektronische Verfahren sowie der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, der Wirtschaftskammer Österreich - AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vorbehalten. Die Wiedergabe mit Quellenangabe ist vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen gestattet.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Wirtschaftskammer Österreich - AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA ausgeschlossen ist.

Darüber hinaus ist jede gewerbliche Nutzung dieses Werkes der Wirtschaftskammer Österreich - AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vorbehalten.

© AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA DER WKÖ
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz i.d.g.F.:

Herausgeber, Medieninhaber (Verleger) und Hersteller:
WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH / AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
Wiedner Hauptstraße 63, Postfach 150, 1045 Wien

Redaktion:
Abteilung WIRTSCHAFTS- und HANDELSPOLITIK, E whp@wko.at, <https://news.wko.at/whp>
AUSSENWIRTSCHAFT Marketing, E aussenwirtschaft.corpcom@wko.at
W www.wko.at/aussenwirtschaft